

Grünliberale Partei Stadt Bern

Medienmitteilung

Thema	Grünliberale lehnen das Budget 2011 der Stadt Bern ab
Für Rückfragen	Michael Köpfli (Fraktionspräsident): 079 743 30 89
Absender	Grünliberale Partei Stadt Bern, Postfach 6350, 3001 Bern eMail bern@grunliberale.ch, www.bern.grunliberale.ch
Datum	17.09.10

Grünliberale lehnen das Budget 2011 der Stadt Bern ab

Die glp-Stadtratsfraktion lehnt das gestern verabschiedete Produktegruppenbudget 2011 ab. Der Gemeinderat und die Mehrheit des Stadtrates zeigten sich offensichtlich nicht Willens, die massive Neuverschuldung in den kommenden Jahren rechtzeitig abzuwenden. Zur Gewährleistung einer seriöseren Finanzpolitik fordern die Grünliberalen zudem institutionelle Veränderungen, namentlich eine Schuldenbremse und eine Stärkung des Parlaments bei der mittelfristigen Finanzplanung (IAFP).

Die Grünliberalen finden es falsch, dass nur knapp die Hälfte der ausserordentlichen Gewinnablieferung von ewb für den Abbau des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags verwendet wird. Insbesondere deshalb, weil der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) für die kommenden vier Jahre der Stadt Bern eine Neuverschuldung von über 70 Millionen Franken prognostiziert. Leider hat weder der Gemeinderat noch die Mehrheit des Stadtrates den Willen gezeigt, schon beim Budget 2011 die notwendige Gegensteuer zu geben.

BSS bleibt eine heilige Kuh

Die Grünliberalen wollten mit verschiedenen Anträgen eine Wende einleiten, ausser bei der Präsidialdirektion wurden diese aber allesamt abgelehnt. Insbesondere kam die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) wieder einmal ungeschoren davon. Dies obwohl der Verwaltungsapparat in der BSS seit Jahren am meisten wächst und die BSS keinerlei Sparwillen zeigt. (Es ist bspw. unverständlich, warum die städtischen Kindertagesstätten massiv teurer sind als die privaten.)

Neue institutionelle Massnahmen gefordert

Es ist dringend angezeigt, dass der Gemeinderat durch institutionelle Regeln sowie eine Stärkung des Stadtrates schon früher zu einer ausgeglichenen Finanzpolitik gezwungen wird. Die Grünliberalen haben deshalb bereits im Frühjahr eine parlamentarische Initiative für eine Schuldenbremse¹ eingereicht. Als weiteren Schritt möchte die glp die Kompetenzen des Stadtrates bei der mittelfristigen Finanzplanung (IAFP) stärken.

¹ siehe: http://www.bern.ch/stadtrat/sitzungen/termine/2010/eingang.2010-03-19.6788861338/view